Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Warum ein Sieg von Donald Trump der Todesstoß für die Ampel wäre – und wer daran mitschuldig ist
2. USA: Viele haben Angst, dass am Wahltag oder danach Gewalt ausbricht
3. Trump-Berater gegenüber der Financial Times: Er will die Ukraine Europa überlassen
4. USA bestätigen 10.000 Soldaten aus Nordkorea in Russland
5. Ukrainischer Generalmajor: Kein Geheimnis, dass die Donbass-Front zusammengebrochen ist
6. Ukraine-Krieg: Deutschlands Wirtschaftsinteressen hinter den Werten
7. Guterres’ Putin-Händedruck: Verrat an westlichen Werten?
8. Die Wirtschaftsvernichtungspolitik
9. Gretchenfrage: Verleugnet sich das BSW selbst, um koalitionstauglich zu werden?
10. Unter Journalisten kommen die Grünen auf 41 Prozent – AfD taucht gar nicht auf
11. Abschaffung der “Reichensteuer” reißt Loch in öffentliche Kassen auf Mallorca
12. Wissing sagt es erstmals offen: Alle sollen ins Digitale gezwungen und ihrer Privatsphäre beraubt werden
13. Gefährliche Filterblasen: Manipulierte Suchergebnisse – Wie KI Ihr Suchverhalten heimlich steuert
14. Künstliche Intelligenz: Elektroschrott könnte durch KI dramatisch zunehmen
15. Der Kipppunkt: Wo stehen wir bei der globalen Energiewende?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Warum ein Sieg von Donald Trump der Todesstoß für die Ampel wäre – und wer daran mitschuldig ist**

Donald Trump könnte in einer Woche US-Präsident werden. Für die Ampel wäre das ein politischer Super-GAU. Das Problem liegt auch in einem deutschen Ministerium. […]
Im aufgeheizten US-Wahlkampf spielt die Bundesregierung eine heikle Rolle. Einerseits muss sie ihre Sorge über eine erratische Handelspolitik unter Trump zum Ausdruck bringen. Andererseits darf sie nicht als Wahlhelfer der Demokraten erscheinen. Dieser Balanceakt erfordert diplomatisches Fingerspitzengefühl – offenbar auf beiden Seiten des Atlantiks.
Und daran mangelt es vor allem im Auswärtigen Amt unter der Grünen-Politikerin Annalena Baerbock. Denn in beiden geschilderten Auseinandersetzungen wird vor allem der eklatante Unterschied in Stil und Inhalt deutlich.
Während Lindner sachlich und inhaltlich kontert, wirkt die Social-Media-Intervention aus Baerbocks Ressort anmaßend. So etwas findet nur der gut, der die Meinung teilt, nicht der Diplomat. Und das ist schwierig für die diplomatische Mission Deutschlands und ihre Chefdiplomatin – die in der kommenden Woche die Folgen ihres Stils zu spüren bekommen könnte.
Quelle: Telepolis

2. **USA: Viele haben Angst, dass am Wahltag oder danach Gewalt ausbricht**
Der Wahltag in den USA, der die weltpolitischen Verhältnisse tiefgreifend verändern kann, steht kurz bevor. Noch ist es nach Umfragen ein Kopf-an-Kopfrennen zwischen Kamala Harris und Donald Trump, wo einmal Harris und einmal Trump leicht vorne liegt. Im absurden Wahlsystem des Landes, das sich als Vorreiter der Demokratie wähnt, entscheidet bekanntlich nicht die Mehrheit der Wähler, sondern sich verändernde, aber kaum vorhersehbare hauchdünne Mehrheiten in wenigen Swing States.
Schon das macht jeden Präsidenten, auch wenn sauber gewählt wurde, zu einer prinzipiell umstrittenen Figur, wenn er bzw. sie nicht von der Mehrheit gewählt wurde. Dazu kommt, dass mit Trump – und nicht durch russische Beeinflussungskampagnen, wie man das gerne hätte – der Zweifel geschürt wurde, ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Schon vor Trump waren mit der Einführung der Wahlcomputer durch Pannen und Probleme Zweifel an der Korrektheit der Auszählung durch mögliche Manipulation.
Quelle: Overton Magazin

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Wenn ich lese und höre, wie sich die Kandidaten und die Parteien bekriegen – tief unter der Gürtellinie – ist es dann verwunderlich, wenn sich das auf die Wähler überträgt? Auch bei uns werden Wahlstände der Parteien bereits angegriffen, die Menschen bedroht. Bei uns im Land wird es auch*

immer schlimmer mit den Spaltereien und den üblen Worten. Ich pflege zu sagen, wenn ich neue Schimpfworte lernen will, dann schaue ich Bundestag oder höre mir Reden von Politikern an, von denen, die die Welt von Hass und Hetze säubern wollen. Was hier angebracht wäre, das wäre Vorbildfunktion. Wen wundern die Kriege in der Welt, wenn wir noch nicht einmal in der Lage sind in den eigenen Ländern friedlich miteinander umzugehen?

dazu auch: **Tech-Milliardäre verfolgen im US-Wahlkampf ihre eigenen Ziele**
Elon Musk will an die Hebel staatlicher Macht. Hinter ihm steht eine Gruppe von weiteren Milliardären im Silicon Valley. (…)
In den letzten Wochen vor dem entscheidenden 5. November, dem US-Wahltag, hat Elon Musk seine Unterstützung von Trumps Kampagne intensiviert. Mit Millionenbeträgen will er die sogenannten Swing States für Trump gewinnen. Er finanziert republikanische Senatoren und verteilt Geld an registrierte Wähler sowie Helferinnen und Helfer, die von Tür zu Tür gehen. Getoppt wird diese Aktion mit der täglichen Verlosung von einer Million Dollar an einen registrierten Wähler im wohl entscheidenden Swing State Pennsylvania. Wie die Washington Post berichtet, streiten sich die Rechtsexperten darüber, ob Musk bei rechtlichen Grenzen ans Limit gehe oder ob diese Aktion bereits illegal sei.
In jedem Fall scheint der Geldsegen zu wirken.
Quelle: Infosperber

und: **Wenn die Kita 4000 Dollar im Monat kostet**
Die hohe Inflation ist eines der wichtigsten Themen im Wahlkampf. Im reichen Silicon Valley spitzt sich die Lage immer weiter zu – besonders für Familien. Die neue Handelsblatt-Kolumne zur US-Wahl.
„Sechs Küchenrollen für fast 15 Dollar?" Meine Frau kann es nicht fassen. „Das ist doch verrückt!" Doch die US-Drogeriekette Walgreens meint das ernst.
Meine Familie und ich sind vor vier Monaten von Hamburg nach San Francisco gezogen. An die hohen Preise in unserer neuen Heimat gewöhnen wir uns nur langsam. Zu grotesk erscheinen die mitunter zweistelligen Beträge, die für Alltagsprodukte wie Shampoo oder Bier aufgerufen werden.
Quelle: Handelsblatt (Bezahlschranke)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Aus interessierten Kreisen heißt es gerne, die US-Amerikaner seien viel reicher als die Deutschen, erkennbar an dem um 57 Prozent höheren BIP pro Kopf. Die Begründung liegt typischerweise darin, dass die US-Amerikaner viel mehr arbeiteten, was dann auch den Deutschen empfohlen wird, und/oder an der viel höheren Aktionärsquote, weil Aktien anscheinend von alleine*

reich machen. Das die gestiegenen Aktienpreise Ergebnis einer Blase sind (allerdings auch in Deutschland) und das höhere BIP pro Kopf durch noch viel höhere Lebenshaltungskosten aufgefressen wird, auch weil, was nicht Daseinsvorsorge ist, teuer privat gekauft werden muss, ist dann die andere Seite der Medaille. San Francisco und das Silicon Valley sind sicher von den Kosten auch für US-Verhältnisse extrem, aber der Trend gilt für die gesamten USA – definitiv kein Vorbild für Deutschland.

3. **Trump-Berater gegenüber der Financial Times: Er will die Ukraine Europa überlassen**
   Er prahlt oft damit, dass er den Ukrainekrieg innerhalb eines Tages beenden könnte. Laut einem Berater will Trump jedoch, dass Europa den Frieden mit Russland durchsetzt.
   Ein Berater des republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten hat der Financial Times einen Einblick in Donald Trumps Plan zur Beendigung des Ukrainekrieges gegeben, falls er nächste Woche die Präsidentschaftswahl gewinnt. Der ehemalige Präsident hat mehrfach erklärt, dass es unter seiner Führung nie zu einem Krieg in der Ukraine gekommen wäre, und behauptet, er könne ihn innerhalb von 24 Stunden beenden. Laut dem Berater will er jedoch nichts mit der Sicherung des Friedens mit Russland zu tun haben.
   Quelle: Berliner Zeitung

   dazu auch: **Im Austausch gegen Kredite übergibt Kiew der EU seine Rüstungsindustrie**
   Die EU-Kommission hat am 24. Oktober die Regulierung 2024/2773 angenommen, laut der sie sich mit dem Kredit über 35 Milliarden Euro an Kiew, der aus den Einnahmen der in der EU eingefrorenen russischen Vermögenswerte zurückgezahlt werden soll, die Kontrolle über die ukrainische Rüstungsindustrie sichern will. Die Kredite werden der Ukraine demnach nur gewährt, wenn alle Bedingungen erfüllt sind, die die EU-Kommission in einem Memorandum of Understandig (MoU) mit Kiew, das noch vorbereitet wird, festlegt.
   Formell wird der Kredit an die Ukraine für den Wiederaufbau des Landes gewährt, aber das Interessante steht im Kleingedruckten.
   Quelle: Anti-Spiegel

   Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Die EU bereichert sich also an dem russischen eingefrorenen Geld für 45 Jahre? D.h. doch, der Krieg (mit Russland) ist für weitere 45 Jahre geplant. Weiterhin stellt sich mir die Frage, was denn der Ukraine überhaupt noch bleibt, wenn der Krieg irgendwann mal vorbei ist? Was im Land gehört noch den*

Bürgern, selbst wenn sie gewinnen sollten, von einer Niederlage gar nicht zu sprechen.

4. **USA bestätigen 10.000 Soldaten aus Nordkorea in Russland**
Nach Einschätzung des US-Verteidigungsministeriums beläuft sich die Zahl der nach Russland entsandten Soldaten aus Nordkorea auf etwa 10.000. »Wir gehen davon aus, dass Nordkorea insgesamt etwa 10.000 Soldaten zur Ausbildung nach Ostrussland geschickt hat, die wahrscheinlich in den nächsten Wochen die russischen Streitkräfte in der Nähe der Ukraine verstärken werden«, sagte die stellvertretende Pentagon-Sprecherin Sabrina Singh. Ein Teil dieser nordkoreanischen Soldaten sei bereits näher an die Ukraine herangerückt. Befürchtet werde ein Einsatz im russischen Gebiet Kursk nahe der Grenze zur Ukraine.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Christian Reimann: *Beweise für diese "Bestätigung" gibt es offensichtlich keine. Wenn nordkoreanische Soldaten "tatsächlich auf dem Schlachtfeld zum Einsatz kommen, bedeute dies eine weitere Eskalation des Kriegsgeschehens". Und wenn sich herausstellen sollte, dass Russlands Präsident Putin recht hat und NATO-Truppen im Einsatz sind? Wäre das keine Eskalation? Sollte bzw. würde Russland das einfach so akzeptieren? Bitte lesen Sie dazu auch USA haben offenbar Belege für nordkoreanische Soldaten in Russland mit einer Anmerkung.*

dazu: **"Kein Zweifel" – Ulrich Heyden über westliche Beteiligung an Angriffen auf Russland**
Es sei zwar nicht das erste Mal, dass man Beweise für die Beteiligung westlicher Kräfte in der Ukraine sehe, so Heyden, aber ihre Beteiligung am versuchten Vordringen auf international anerkanntes russisches Territorium stelle eine neue Qualität dar.
Drei der vier Leichen, die nach Feuergefechten am Sonntag im Bezirk Klimowski im Gebiet Brjansk zurückgelassen wurden, seien eindeutig ausländischer Herkunft.
Sie sind wahrscheinlich nicht offiziell für ihre Herkunftsländer im Einsatz, sondern auf eigene Initiative, aber eine Koordinierung durch westliche Geheimdienste und Militärstrukturen könne man nicht ausschließen.
Quelle: RT DE

dazu auch: **Nordkoreanische Soldaten im Krieg gegen die Ukraine – nur in der Phantasie Selenskyjs und seiner westlichen Unterstützer!**
Ein Rauschen geht durch den Blätterwald: Nordkorea eskaliere den Konflikt, seine Soldaten würden den Russen aus der Patsche helfen, damit sie den Krieg in der

Ukraine nicht verlieren. Dies schrieb zum Beispiel die «Frankfurter Rundschau». Und so werden die entsprechenden Behauptungen Kiews, Washingtons und Seouls von den Medien verbreitet, ohne kritische Prüfung.
Quelle: Globalbridge

5. **Ukrainischer Generalmajor: Kein Geheimnis, dass die Donbass-Front zusammengebrochen ist**
In einem Interview spricht einer der führenden Militärs der Ukraine offen über die Schwierigkeiten, mit denen die Streitkräfte im Osten konfrontiert sind.
Unter dem Druck ständiger russischer Angriffe wird die Lage für die ukrainischen Verteidiger im Osten des Landes immer schwieriger. In einem neuen Interview hat nun der Generalmajor der ukrainischen Streitkräfte, Dmytro Martschenko, eingeräumt, dass die Front zusammengebrochen sei.
Quelle 1: Berliner Zeitung
Quelle 2: Welt Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Und jetzt? Der Generalmajor ist sicher kein Putin-Freund, sondern Ukrainer, und auch vom Fach. Die Überwachung der USA bestätigt die Situationsbeschreibung. Anscheinend gehen fast 500 Quadratkilometer pro Woche verloren, rein rechnerisch 25.000 Quadratkilometer pro Jahr, während die ukrainische Armee zu wenig Material und zu wenige Soldaten hat. Soll die Fiktion eines ukrainischen Sieges weiter aufrecht erhalten werden, oder wäre es nicht endlich Zeit für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, wie unvollkommen auch immer das aussieht?*

6. **Ukraine-Krieg: Deutschlands Wirtschaftsinteressen hinter den Werten**
Milliardenhilfen für die Ukraine: Zwischen Solidarität und Eigennutz. Nach der CDU zementiert nun die Bertelsmann-Stiftung die Einsicht: Auch Deutschland geht es um Bodenschätze. […]
Das nach den Abenteuern in Kosovo und Hindukusch bis heute unermüdlich wiederholte Mantra lautete bekanntlich, dass Deutschland in der Ukraine “die westlichen Werte” verteidige. Nun mag beides zutreffen. Aber den Rekurs auf das “niedere” Interesse an Bodenschätzen, die die doch so manche Analogie zu anderen Kriegen in der Geschichte zugelassen hätten, schien man doch tunlichst vermeiden zu wollen. Das hat sich anscheinend geändert.
Quelle: Telepolis

Anmerkung unseres Lesers P.R.: *Wofür es schon lange Hinweise gab, darüber wird inzwischen ganz offen gesprochen.*

7. **Guterres' Putin-Händedruck: Verrat an westlichen Werten?**
   Eine Analyse offizieller Quellen der Vereinten Nationen zeichnet jedoch ein differenziertes Bild.
   António Guterres nutzte die Gelegenheit, um über den UN-Zukunftsgipfel zu sprechen, der im September 2024 in New York stattfand. Dort wurde ein 40-seitiger "Zukunftspakt" verabschiedet, der einen Fahrplan zur Stärkung des Multilateralismus in den Bereichen Frieden, Klima, Finanzen und Technologie enthält.
   Guterres betonte die Notwendigkeit von Frieden in Regionen wie Gaza, Libanon, Sudan und Ukraine. Insbesondere in Bezug auf die Ukraine bekräftigte er die Notwendigkeit eines gerechten Friedens im Einklang mit der UN-Charta, dem Völkerrecht und den Resolutionen der Generalversammlung. Er forderte die Einhaltung der UN-Grundsätze, einschließlich Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und territorialer Integrität.
   Quelle: Telepolis
8. **Die Wirtschaftsvernichtungspolitik**
   Es ist kaum übertrieben, Deutschland als einen „ehemaligen Wirtschaftsstandort" zu bezeichnen. Aufwärts geht es derzeit nur mit der Zahl der Firmenpleiten.
   Es hat schon immer wirtschaftliche Fehlentscheidungen gegeben. Menschen, also auch Politiker, sind fehlbar. Neu in der Geschichte ist allerdings, dass eine kleine Clique eine funktionierende Volkswirtschaft bewusst und systematisch zerstört und dafür seitens der veröffentlichten Meinung nur sehr zaghafte Kritik erntet. Dabei bedeutet dies, dass sehr viele von uns konkret von Armut bedroht sind und wir kollektiv auf ein Land zusteuern, in dem — wie sich schon jetzt andeutet — nichts mehr funktioniert. Warum Robert Habeck & Co. so handeln, darüber kann man spekulieren. Vielleicht sehnen sie sich nach einem komplett deindustrialisierten Land, in dem der CO2-Ausstoß gegen null geht. Sicher ist nur, dass wir dem Treiben Einhalt gebieten müssen. Wie immer mit großem Sammlerfleiß zählt der Autor hier Firmenpleiten, Pech und Pannen der wahrscheinlich schlechtesten Nachkriegsregierung auf. Vielleicht werden die zu erwartenden harten Schicksale eine neue Politikergeneration schmieden, die dem Land hilft, aus Ruinen aufzuerstehen.
   Quelle: Manova
9. **Gretchenfrage: Verleugnet sich das BSW selbst, um koalitionstauglich zu werden?**
   Sahra Wagenknecht wird zwar nicht, wie in ihrer alten Partei, mit Torten beworfen – doch es ergießen sich Kübel voller Schmähungen über ihr. In der Friedensfrage leitet sie aus einem Wählervotum einen politischen Auftrag ab. Darf sie das? […]
   Wagenknecht und dem BSW wird zugemutet, sich Selbstbeschränkung aufzuerlegen und mit der Friedensfrage ein Thema zu vernachlässigen, das ihr Selbstverständnis

ausmacht. Was soll der Vorwurf, Wagenknecht plustere sich damit nur auf, weil sie schon auf die Bundestagswahl schiele? Welch tiefe Verbeugung vor dem Gleichheitsgrundsatz. Dann bitte auch von CDU/CSU verlangen, sich bis September 2025 das Thema Migration zu verkneifen.
Man muss dem BSW schon zugestehen, sich branchenüblich zu verhalten.
Quelle: der Freitag

dazu auch: **Amira Mohamed Ali bekräftigt Regierungsbereitschaft des BSW**
Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) strebt nach Angaben der Co-Parteivorsitzenden Amira Mohamed Ali trotz offener Streitpunkte eine Regierungsbeteiligung in Thüringen an. Zu Vorwürfen, wonach Parteichefin Sahra Wagenknecht mit Maximalforderungen eine mögliche Regierung mit SPD und CDU in dem Bundesland aus strategischen Gründen verhindern wolle, sagte Mohamed Ali im ZDF-Morgenmagazin: "Wir sehen ja, dass die Verhandlungen vorangehen" – in Brandenburg ebenso wie in Thüringen. "Insofern ist diese Behauptung, dass wir das nicht wollen, ja erkennbar widerlegt." Mohamed Ali machte zugleich deutlich, dass die Bundespartei weiter auf ihren umstrittenen Forderungen zur Positionierung einer künftigen Landesregierung zum Ukrainekrieg und der Stationierung von US-Waffen in Deutschland bestehen wolle.
Quelle: Zeit Online

und: **BSW Thüringen: Offener Machtkampf in der Wagenknecht-Partei**
Nach einer Welle des Erfolgs reißen tiefe Konflikte im Bündnis Sahra Wagenknecht auf. Während die Thüringer Landesspitze um Katja Wolf auf eine Regierungskoalition hinarbeitet, warnt die Parteichefin vor Zugeständnissen. Andere senden offene Drohungen nach Erfurt.
Quelle: Welt Online (Bezahlschranke)

Hinweis: Im Laufe des Tages erscheint dazu ein Kommentar auf den NachDenkSeiten.

10. **Unter Journalisten kommen die Grünen auf 41 Prozent – AfD taucht gar nicht auf**
Laut der Langzeitstudie „Journalismus und Demokratie" 2024 gaben 41 Prozent der 525 befragten Journalistinnen und Journalisten in Deutschland an, den Grünen nahezustehen. Der zweithöchste Wert geht mit 23 Prozent an die Antwort „keine Partei". Es folgen die SPD (16 Prozent), die CDU (8 Prozent), die Linke (6 Prozent), die FDP (3 Prozent), eine andere Partei (2 Prozent) und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit einem Prozent. (…)
Dem Satz „Journalistinnen und Journalisten neigen dazu, in ihrer Berichterstattung

überwiegend die Positionen der Partei zu übernehmen, der sie am ehesten nahestehen“, stimmten 27 Prozent der Befragten zu, 34 Prozent antworteten „teils-teils“, 37 Prozent stimmten nicht zu und zwei Prozent antworteten mit „weiß nicht“ bzw. machten keine Angaben.
Quelle: Welt Online

11. **Abschaffung der “Reichensteuer” reißt Loch in öffentliche Kassen auf Mallorca**
Die Balearen-Regierung hat ein Problem: Dem konservativen “Govern” drohen erheblich weniger Steuereinnahmen. Grund dafür ist die jüngst vorgenommene Abschaffung der “Reichensteuer” für Bürgerinnen und Bürger mit einem Vermögen von bis zu drei Millionen Euro. Schätzungen zufolge wird der Region ein Minus von etwa 25 Millionen Euro entstehen.
Diese Abschaffung der Vermögensteuer (beziehungsweise das Heraufsetzen der Freibeträge auf bis zu drei Millionen Euro) war von der rechtspopulistischen Partei Vox im vergangenen Haushaltsgesetz durchgeboxt worden.
Quelle: Mallorca Magazin

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Zugegeben, da geht es ums Ausland, aber das Schema ist immer dasselbe: die extreme Rechte (hier die spanische Partei Vox) versteht sich ganz prächtig mit der Reichenlobby (hier die konservative PP-Regierung) und verschafft den Reichen massive Steuersenkungen, die unbezahlbar sind. Von 86,4 Millionen Euro Steuereinnahmen fallen ca. 36 Millionen weg, also mehr als 40% und in jeder Hinsicht unverantwortlich. Während gleichzeitig die Masse der schlecht bezahlten Arbeitnehmer im Tourismussektor und viele Einheimische von Wohnungsnot betroffen sind und jeder Fünfte an der Armutsgrenze lebt, wird die Regierung von Mallorca bei dieser Haushaltslage selbst die minimalen Hilfsprogramme einstellen müssen, damit Reiche noch reicher werden können. Das droht in Europa und im Rest der Welt überall dort, wo die radikale Rechte (mit)regiert.*

12. **Wissing sagt es erstmals offen: Alle sollen ins Digitale gezwungen und ihrer Privatsphäre beraubt werden**
Bisher konnte man es nur an ihren Taten ablesen, nun hat Verkehrs- und Digitalminister Volker Wissing (FDP) es ausgesprochen. Die Regierung setzt auf Digitalzwang, will Datenschutz und Privatsphäre hintanstellen und den Bürgern die Möglichkeiten nehmen, auf nichtdigitale Angebote auszuweichen. Aus „digital first“ soll „digital only“ werden, Das erklärte Ziel: Mehr Daten für die Digitalunternehmen. Dass Berlin das so rücksichtslos vorantreibt, hat einen geostrategischen Hintergrund.
Quelle: Norbert Häring

dazu: **Änderungen des Rechts der Verbraucher auf Bargeldzahlung ab Oktober 2024 in Kraft**
Am 1. Oktober treten in Norwegen Änderungen am Finanzvereinbarungsgesetz in Kraft, die das norwegische Parlament Storting im Juni beschlossen hat. Die Änderungen stärken das Recht der Verbraucher auf Barzahlung und machen die Regeln sowohl für Kunden als auch für Händler verständlicher und praktischer.
Quelle: BusinessPortal Norwegen

Anmerkung Christian Reimann: *In Deutschland nimmt der Digitalisierungswahn immer weiter an Fahrt auf (z.B. im Gesundheitssystem, beim Heizen sowie immer noch gewünscht bei der Mobilität und in Schulen) während in skandinavischen Staaten längst die Nachteile erkannt worden sind.*

13. **Gefährliche Filterblasen: Manipulierte Suchergebnisse – Wie KI Ihr Suchverhalten heimlich steuert**
In einer Welt, die sich rasant digitalisiert, stehen wir vor einer neuen Ära der Informationsbeschaffung. Der Medien-Spezialist Gerald Lembke erörtert, wie künstliche Intelligenz die Online-Suche revolutioniert und was das für unsere Medienkompetenz bedeutet.
Quelle: Focus Online
14. **Künstliche Intelligenz: Elektroschrott könnte durch KI dramatisch zunehmen**
Die Menge an Elektroschrott, die durch die KI-Programme wie ChatGPT anfällt, könnte bis zum Jahr 2030 um den Faktor 1000 steigen. Doch das lässt sich verhindern.
Künstliche Intelligenz (KI) könnte einer Studie zufolge im Jahr 2030 bis zu tausendmal mehr damit verbundenen Elektroschrott verursachen als 2023 anfiel. Doch die berechnete Müllmenge lasse sich durch geeignete Maßnahmen deutlich verringern, schreibt ein Forschungsteam um Peng Wang von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften in Xiamen im Fachjournal »Nature Computational Science«. In ihren Modellrechnungen haben die Fachleute angenommen, dass die genutzten Computersysteme alle drei Jahre erneuert werden.
Quelle: Spektrum
15. **Der Kipppunkt: Wo stehen wir bei der globalen Energiewende?**
Die Treibhausgase steigen weiter, die Klimakrise verschärft sich. Aber es gibt Grund für Optimismus. Denn nie war es einfacher, auf Sonne und Wind umzusteigen.
Ziel der Energiewende sollte es eigentlich sein, die Kohlendioxid-Emissionen bei der Energiegewinnung zu senken und auf null zu bringen, um damit den Treibhauseffekt und die Erderhitzung zu begrenzen. Doch das ist in den letzten Jahrzehnten misslungen. Und misslingt weiter, jedenfalls weltweit.

Oder anders formuliert: Wir befinden uns auf einem historischen Emissions-Peak, wobei offen ist, ob es in den nächsten Jahren noch weiter hinauf-, auf einem Plateau auf gleicher Höhe voran- oder bereits bergab geht.
Quelle: Telepolis